Bundesrat Drucksache **124/3/02 (neu)**

22.03.02

Antrag
des Landes Brandenburg

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes

-Antrag der Länder Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Hamburg, Saarland, Sachsen, Thüringen -

TOP 19. der 774. Sitzung des Bundesrates am 22. März 2002

Der Bundesrat möge beschließen:

Der Teil II. der Begründung wird wie folgt geändert:

1. Zu Artikel 1 Nr. 2

Nach Satz 1 werden folgende Sätze eingefügt:

> „Der Zuschussbedarf für Verkehrsleistungen auf noch auszubauenden Lückenschlussstrecken in den Ländern Berlin und Brandenburg wird im Rahmen dieser erneuten Prüfung berücksichtigt. Daher kann der bisherige § 6 Abs. 2 entfallen."

2. Zu Artikel 1 Nr. 3

Der Satz 2 wird gestrichen; an seiner Stelle wird folgender Satz eingefügt:

> „Der sich aus § 8 Abs. 1 ergebende Gesamtbetrag enthält auch Mittel für realisierte Lückenschlussstrecken in den Ländern Berlin und Brandenburg."

Begründung (nur gegenüber dem Plenum):

Zu 1.

Nach Maßgabe der bisherigen Regelung nach § 6 Abs. 2 Regionalisierungsgesetz muss Im Rahmen der erneuten Prüfung der Zuschussbedarf für noch auszubauende Strecken in den Ländern Berlin und Brandenburg, die infolge der deutschen Teilung unterbrochen waren (Lückenschlussstrecken), berücksichtigt werden.

Zu 2.

Der bisherige Satz 2 unter Nr. 3 ist in seiner Aussage unbestimmt, zumal die Lückenschlussproblematik sowohl das Land Berlin als auch das Land Brandenburg betrifft. Er ist daher zu streichen und durch den vorgeschlagenen, den Sachverhalt richtig wiedergebenden neuen Satz zu ersetzen.

Ausgeliefert am 22. MRZ. 2002

Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 1320, 53003 Bonn
Telefon: 0228/3820840, Telefax 0228/3820844
ISSN 0720-2946